



Leibniz' Vision

Ein Interview zum 300. Todestag des Universalgelehrten. Seite 2

Foto: 123rf/studiom1

Bilderberg-Faszination

Kaum einem Elitetreffen wird derartig viel Macht zugeschrieben. Seite 5

Rostocker Theater

Sewan Latchinian stemmte sich in Rostock gegen den Sparkurs. Nach lange schwelendem Streit wurde er jetzt als Intendant des Volkstheaters fristlos entlassen. Seite 14



Foto: dpa/joachim Mangler

neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Mittwoch, 8. Juni 2016

71. Jahrgang/Nr. 132 Bundesausgabe 1,80 € www.neues-deutschland.de

STANDPUNKT

Kolonialer Eigennutz

Uwe Kalbe zum Plan, Flüchtlinge in EU-Randzonen abzuladen

Die Europäische Union hat sich gefangen. Ihre Panik über die Flüchtlinge, die plötzlich ins Innere der Festung Europa drangen, legt sich wieder. Nach einigen Monaten heillosen Verwirrung und hektischer Zerstrittenheit darüber, wie mit den Flüchtlingen umzugehen sei, gewinnt die Bürokratie ihre alte Sicherheit zurück. All der Streit um die Frage, wie Europa seinen humanitären Verpflichtungen gerecht werden könne, wer dafür wie viele Flüchtlinge aufzunehmen habe, all der Ärger über egoistische Regierungen, die die Fördermittel der EU gern in ihre Länder lenken, aber eine Aufnahme von einigen tausend Flüchtlingen ihren Bürgern nicht zumuten wollen – vergessen. Ordnung gewinnt Oberhand über das Chaos.

Es sind die Ordnung und das Selbstverständnis des alten kolonialen Europas, die Gestalt annehmen. Eine Ordnung unverhüllter, geradezu zur Schau gestellter Arroganz. Massenelend wird abgewimmelt, den Ländern aufgebürdet, die man sonst gern fehlender menschenrechtlicher Standards zeilt. Das Angebot eines türkischen Despoten, die Flüchtlinge gegen ein entsprechendes Bakschisch zu übernehmen, bietet die Blaupause. Ländern, die sich nicht dreinschicken, werden Sanktionen angedroht. Und ohne Skrupel plant die EU-Kommission, die Regeln für die Einwanderung von Fachkräften zu vereinfachen. Nun also gänzlich unverblümt: Nicht Fluchtgründe entscheiden, sondern europäischer Eigennutz.

UNTEN LINKS

Winfried Kretschmann geduldet sich. »Es ist doch eine menschliche Tugend, dass man auch warten kann – und nicht alles auf schnelle Triebbefriedigung ausgeht«, meint er. Der baden-württembergische Ministerpräsident weiß, dass das Warten eine höllische Qualerei sein kann. Die Zeit will nicht vergehen, wenn man warten muss. Das Altern verlangsamte sich dabei tückischerweise nicht, was ärztlich nachgewiesen ist. Insofern ist das Warten eine Technik, die sparsam eingesetzt werden sollte, wenn man in die Jahre gekommen ist wie Winfried Kretschmann. Umso wichtiger scheint ihm zu sein, worauf er da wartet. Abgesehen vom Genuss – Warten erhöht den Grad der Erlösung, dem Kind lässt es den Weihnachtsabend als Befreiung von wochenlangem Qual erscheinen. Wovon träumt Winfried Kretschmann, welchen Trieb muss er mit all seiner Tugend bändigen? Seine Worte galten der Kandidatur des nächsten Bundespräsidenten. So sieht dann wohl eine Bewerbung aus. uka

NATO züchtet Anakonda

Warschau lud zu Großmanöver ein – Moskau: Keine Atmosphäre des Vertrauens



Zwei Offiziere aus den USA und Polen im Manöver – sie üben bereits, was ihre Chefs beim NATO-Gipfel im Juli erst beschließen werden. Foto: dpa/Marcin Bielecki

Berlin. Seit Dienstag üben 31 000 Soldaten aus 24 NATO- und mit dem Bündnis befreundeten Staaten den Ernstfall. Zehn Tage lang. Das Szenario des von Polen organisierten Manövers »Anakonda 16« entspricht der gängigen Schablone: Der NATO-Partner Polen wird von den imaginären Staaten »Bothnia« oder »Torrike« angegriffen, »grüne Männchen« sicken ein. Die Gefahr kommt aus dem Osten.

Obwohl man im NATO-Hauptquartier um verbale Mäßigung bemüht ist, wurde Feindschaft in letzter Zeit selten so klar ausgelebt, wie das die Gastgeber tun. Die polnische Regierung lud auch Georgien und die Ukraine zur

Teilnahme ein – was ein offener Affront gegen Russland ist. Beim NATO-Gipfel, der im Juli in Warschau stattfinden wird, soll die NATO-Russland-Grundakte weiter gefleddert werden. Vorgesehen ist unter anderem die ständige Entsendung von jeweils einem NATO-Bataillon in die baltischen Staaten sowie nach Polen.

Moskau hat die Übung entsprechend scharf kritisiert. Sie trage nicht dazu bei, eine Atmosphäre von Vertrauen und Sicherheit zu schaffen, erklärte Kreml-Sprecher Dmitrij Peskow. Als »brandgefährlich« und »Anlass zu ernster Sorge« kritisierte der europapolitische Spre-

cher der Bundestags-Linksfraktion, Andrej Hunko, das Manöver.

Gleichfalls am Dienstag stellten Experten in Berlin ihr Friedensgutachten 2016 vor. Sie raten, mehr Augenmerk auf die Flüchtlingspolitik zu legen. Für zivile Strategien und humanitäre Hilfe seien mehr Ressourcen nötig. Die Friedensforscher begrüßen die Fortentwicklung des Aktionsplans »Zivile Krisenprävention«. Doch die Aufstockung der Mittel von 95 Millionen auf 248 Millionen Euro für 2016 sei unzureichend. Die im selben Zeitraum geplanten Ausgaben für militärische Beschaffung betragen das 18-Fache. hei Seiten 4 und 6

Pechstein verliert erzwungen freiwillig

Der Bundesgerichtshof lehnt Schadenersatzklage der Eisschnellläuferin ab

Claudia Pechsteins Dopingprozess wird nicht vor einem deutschen Gericht neu aufgerollt. Laut BGH hat sich die Berliner freiwillig den Sportschiedsgerichten unterworfen.

Von Oliver Kern

Eisschnellläuferin Claudia Pechstein musste eine juristische Niederlage einstecken. Der Bundesgerichtshof (BGH) in Karlsruhe erklärte ihre Schadenersatzklage gegen die Internationale Eislauf-Union ISU am Dienstag für unzulässig und hob ein Urteil des Oberlandesgerichts München auf, das die fünfmalige Olympiasiegerin im Recht gesehen hatte.

Pechstein kämpft seit sieben Jahren gegen ihre Doping Sperre, die von der ISU 2009 für zwei Jahre auf der Grundlage eines heute nicht mehr gültigen Indiziennachweises ausgesprochen hatte. Die Berliner, die ihre erhöhten Blutwerte später mit einer Krank-

heit erklärte, verpasste die Olympischen Spiele 2010 und machte danach Verdienstauffälle und den Wegfall von Sponsorengeld in Höhe von fünf Millionen Euro geltend. In der Sache urteilte der BGH jedoch nicht. Er verweigerte Pechstein vielmehr das Recht, vor einem deutschen Gericht gegen die ISU vorzugehen, und erkannte den Internationalen Sportgerichtshof CAS als »echtes« Schiedsgericht an. Dessen Urteile seien nur vor einem Schweizer Gericht anfechtbar, was Pechstein bereits erfolgreich getan hatte.

Pechstein reagierte verärgert auf den Richterspruch: »Das ist nicht akzeptabel für mich. Ich hatte immer einen festen Glauben in die deutsche Justiz. Der hat jetzt einen Dämpfer erhalten«, sagte Pechstein und ließ sich zu einem mindestens fragwürdigen Vergleich herab: »Jeder Flüchtling, der nach Deutschland kommt und sich registriert, genießt Rechtsschutz. Wir Sportler nicht. Das

zeigt, dass wir vor Gericht Menschen zweiter Klasse sind.«

Pechstein hatte 2009 eine Schiedsvereinbarung unterzeichnet und sich so ausschließlich der Sportschiedsgerichtsbarkeit unterworfen. Diese Vereinbarung hatten Vorinstanzen als Missbrauch einer Monopolstellung des Weltverbands erklärt, da ohne deren Unterzeichnung die Teilnahme an Wettkämpfen unmöglich ist. Dem widersprach nun der BGH, der Pechsteins Unterschrift als »freiwillig« bezeichnete. Die Athletin kündigte sogleich den Gang vor das Bundesverfassungsgericht und notfalls vor den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte an. Ob sie das finanziell stemmen kann, ist jedoch fraglich. Schon für den BGH-Prozess war sie auf Spenden angewiesen.

Der Sportrechtler Michael Lehner kritisierte indes das Urteil, da damit »alle Reformbestrebungen im Sport beendet« seien. Niemand sehe sich nun veranlasst, die

Strukturen des CAS zu ändern. Der Athletensprecher des Deutschen Olympischen Sportbunds, Christian Schreiber, begrüßte im nd-Gespräch hingegen, dass alle Sportler, egal welcher Nation, nun dieselben Regeln befolgen müssten. »Nur durch den Prozess Claudia Pechsteins wurden die notwendigen Reformen dafür« bereits vorangetrieben. Andererseits fühle er mit der Berliner, da sie selbst davon nicht profitiert. Seite 19

Lesen Sie heute im Ratgeber

Das Mietrecht zur Nutzung des Balkons
Widerrufsjoker nur noch bis 21. Juni 2016
Rund um die Geschenkgutscheine

Autobombe in Istanbul fordert Tote und Verletzte

Vier Verdächtige festgenommen

Istanbul. Unbekannte Attentäter zündeten am Dienstagmorgen im historischen Zentrum der türkischen Metropole Istanbul eine Bombe und töteten mindestens elf Menschen, unter ihnen sieben Polizisten. Mindestens 36 weitere Menschen wurden nach Angaben des Gouverneurs von Istanbul, Vasi Sahin, verletzt. Zunächst bekannte sich niemand zu der Tat. Wie der staatliche Fernsehsender TRT berichtete, explodierte die ferngezündete Bombe gegen 7.40 Uhr, als ein Fahrzeug mit Bereitschaftspolizisten vorbeifuhr. Bis zum Nachmittag wurden vier Verdächtige festgenommen.

Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) zeigte sich »entsetzt« über den tödlichen Autobombenanschlag. Es sei sehr traurig, dass elf Menschen den Hass und die Verblendung von Terroristen mit ihrem Leben bezahlen mussten, sagte sie in Berlin. »Da, wo es um den Kampf gegen den Terrorismus geht, ist Deutschland an der Seite der Türkei.« Agenturen/nd Seite 7

EU verlangt von Afrika Kooperation

Anreize und Druck aus Brüssel zur Flüchtlingsrücknahme

Brüssel. Die EU will Länder in Afrika und Nahost mit einer Mischung aus finanziellen Anreizen und Druck dazu bringen, Abkommen zur Bekämpfung von Fluchtursachen und der Rücknahme von Flüchtlingen abzuschließen. Ziel sei »ein Rückgang der irregulären Migration nach Europa«, sagte EU-Innenkommissar Dimitris Avramopoulos vor der Vorstellung der Pläne am Dienstag. Zudem plant die Kommission einfachere Regeln für die Einwanderung von Fachkräften.

»Wir können denjenigen Ländern, die sich kooperativ zeigen, zusätzlich zu den bisherigen Hilfsgeldern eine weitere substanzielle Unterstützung oder etwa den Ausbau von Handelsbeziehungen zusagen«, sagte Avramopoulos der Berliner Tageszeitung »Die Welt« vom Dienstag. »Wer sich nicht an die Vereinbarungen hält, dem können allerdings auch Einschränkungen zukommen.« »Die Idee baut auf Erfahrungen auf, die wir zuletzt mit dem Abkommen zwischen der EU und der Türkei gemacht haben«, sagte Avramopoulos. AFP/nd Seite 7

Bahnstreik-Ende näher gerückt

19 Stunden Verhandlungen mit französischem Staatskonzern

Paris. Drei Tage vor Beginn der Fußball-EM ist ein Ende des Streiks bei der französischen Staatsbahn (SNCF) in greifbare Nähe gerückt. Nach 19-stündigen Verhandlungen legte das Unternehmen am Dienstagmorgen einen Entwurf zur Neuregelung der Arbeitszeiten der Bahnmitarbeiter vor. Die Gewerkschaften haben dieser Vereinbarung aber noch nicht zugestimmt. Staatschef François Hollande forderte erneut ein Ende des Streiks.

Bei der SNCF wird schon seit vergangener Mittwoch durchgehend gestreikt, was zu schweren Behinderungen im Schienenverkehr führt. Der Streik richtet sich auch gegen die Arbeitsrechtsreform, mit der Hollande die 35-Stunden-Woche und den Kündigungsschutz lockern will, angeblich um damit die hohe Arbeitslosigkeit zu senken. Im Streit um die Arbeitszeiten der SNCF-Mitarbeiter drängte die Regierung Bahnchef Guillaume Pepy zu umfassenden Zugeständnissen an die Gewerkschaften, um ein Ende des Streiks zu erreichen. AFP/nd

ISSN 0323-3375

